



POLITIK / REDAKTION

Libyen - 44 Tote und kein Ende ...

(SB) - Durch den Raketeneinschlag, der in den frühen Morgenstunden des 3. Juli in einem Flüchtlingslager bei Tripolis mindestens 44 Menschen tötete und weitere 130 schwer verletzt zurückließ, hat der Bürgerkrieg in Libyen zum erstenmal seit langem wieder weltweit für Schlagzeilen gesorgt. Entsetzt reagierten Politiker und Medienkommentatoren in Europa und Nordamerika ungeachtet des Umstands, daß die NATO selbst durch ihren völkerrechtlich illegalen, gewaltsamen Sturz Muammar Gaddhafis 2011 Libyen zu einem gescheiterten Staat gemacht hat und folglich die Hauptverantwortung für das "Somalia am Mittelmeer" ... (Seite 4)

Kooperationspartner

1 BÜRGER und GESELLSCHAFT - MEINUNGEN:

Stopp Air Base Ramstein Protestaktionen 2019 - erste Gedanken danach (Pressenza)

3 EUROPOOL - POLITIK:

Glyphosat-Totalverbot (Pressenza)

6 SOZIALWISSENSCHAFTEN - MEINUNGEN:

Subkultur Polizei - Nachgefragt beim Kriminologen Thomas Feltes (Pressenza)

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Stopp Air Base Ramstein Protestaktionen 2019 - erste Gedanken danach

von Reiner Braun und Pascal Luig, 3. Juli 2019



*Friedensfahne der Vereinigten Staaten
Bild: © Pressenza*

Bei vielen waren es der drohende Iran-Krieg und die Stationierung neuer Atomwaffen, die tausende von Menschen zum Protest auf die Straße führten. Die mehr als 5000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die dem Aufruf der Kampagne Stopp Air Base Ramstein am Samstag in der Gluthitze folgten, protestierten natürlich auch eindringlich gegen den völkerrechtswidrigen Dohnenkrieg.

Keine Aufrüstung mit uns, einte die Teilnehmer*innen dieser bunten, vielfältigen Demonstration

vom Stadtzentrum Ramstein-Miesenbachs bis zur US-Air Base Ramstein. Optimistisch war die Stimmung. Beeindruckend alle Redebeiträge, die die Vielfalt der Argumente gegen den Krieg zum Ausdruck brachten (Sie können demnächst auf der Webseite angesehen und gelesen werden). Umfassend, mitreißend und motivierend das umfassende Kulturprogramm auf der Auftakt- und Schlusskundgebung sowie im Friedenscamp. Es waren gerade die Vielfalt und die politische Breite - bei einem unüberhörbaren Nein zum Krieg -, die die Aktionen prägten. Viele neue Unterstützer*innen sind hinzugekommen. Differenzen und Unter-

schiedlichkeiten, bei einem klaren antifaschistischen Grundkonsens, wurden und werden als Bereicherung gesehen.

Mehrfach wurde hervorgehoben, dass die aktuelle Kriegsgefahr von der Regierung der USA ausgeht - Donald Trump ist eine immense Gefahr für den Frieden. Europäische und deutsche Politik unterstützen aus politischer Verbundenheit und Eigeninteresse im Kern diese gefährliche Politik.



Betont wurde aber auch die Chance, die sich durch die wachsende Mobilisierung vieler junger Menschen und durch die Zusammenarbeit von Friedens- und Umweltbewegung (gerade auch gegen die Air Base Ramstein, die die gesamte Region vergiftet) ergeben.

Die Demonstration war zu einem großen Teil von jungen Menschen besucht, es waren gerade auch "die Neuen", die u.a. über das Video von Rezo, die neuen Bewegungen wie z.B. Friday for Future und die intensive Öffentlichkeitsarbeit im Vorfeld gewonnen werden konnten. Die Beteiligung der ausländischen Gäste aus 14 Ländern zeigt das gemeinsame internationale Engagement gegen Krieg und Militärbasen. "Wir werden wiederkommen, solange Drohnen und Krieg die Politik unseres Landes prägen", war die unüberhörbare Ankündigung der Beteiligten. Daran werden auch unsinnige und bürokratische Reglementierungen der örtlichen Kreisverwaltung nichts ändern.

Herzstück und Seele des Protestes war das Friedenscamp, das eine Woche lang von unermüdlichen Helfer*innen aufgebaut wurde und auf einer großen Wiese statt-

fand. "Wir wollen zeigen, wie wir leben und die Zukunft gestalten wollen", dieser Gedanke und Geist prägte die phantastische Atmosphäre in diesem Friedenscamp. Vielfältig war das Engagement der Friedensaktivist*innen im Camp und die kulturellen Beiträge auf der Bühne. Am Samstagabend wurde abschließend der gemeinsame große Erfolg und die fünf Jahre Widerstand gegen die Base gefeiert.

In dem Friedenscamp fanden auch die Friedenswerkstatt mit über 30 Veranstaltungen und der internationale Anti-Basenkongress statt. In der Erklärung dieses Kongresses fassten die Teilnehmer*innen noch einmal die wesentlichen Gründe und Forderungen der Kampagne zusammen und forderten das Stationierungsabkommen zu kündigen und die Mitgliedschaft in der NATO zu beenden oder diese aufzulösen. Die Beteiligung des Vorsitzenden des BUND war sicher ein inhaltlicher Höhepunkt. Die von ihm geforderte Zusammenarbeit von Friedens- und Umweltbewegung ist zum einen die Zukunft von beiden Bewegungen und zum anderen gleichzeitig eine große Herausforderung.

Bild: © Reto Thumiger

Die Abendveranstaltung mit ca. 650 Teilnehmenden am Freitag in der Apostelkirche zeigt die regionale Verankerung der Aktionen, die besonders durch die Kaiserslauterer Pfälzer Initiative "Entrüestet Euch!" gefördert wird. Das von der Initiative veranstaltete Fußballturnier mit zehn ganz unterschiedlich zusammengesetzten Mannschaften zeigte nicht nur die friedensfördernde Rolle des Sports, sondern war auch ein Beitrag gegen Rassismus und zur Solidarität mit den Geflüchteten.

Was alles jetzt so begeisternd und "einfach" klingt, war die Arbeit ganz vieler, die über Wochen und Monate die Aktionen vorbereitet haben - die AG Friedenscamp, die Techniker*innen auf den Bühnen und in der Apostelkirche, die Aufbauhelfer*innen, den Helfer*innen in der Küche des Camps, den unermüdlichen Öffentlichkeitsarbeiter*innen, den Menschen, die vor Ort angepackt haben, den vielen Ordner*innen, den Künstler*innen sowie Redner*innen und noch vielen mehr, die geholfen haben. Den größten Dank haben sie sich mit dem Erfolg selber erarbeitet, aber an die-

ser Stelle möchten wir noch einmal tausendmal danke sagen. Ihr seid "der Spirit" der Kampagne Stopp Air Base Ramstein, von Euch lebt sie, ohne Euch wäre nicht ein Jahr der Proteste möglich gewesen. Gemeinsam haben wir auch dieses Jahr etwas Besonderes auf die Beine gestellt.

Sicher war auch nicht alles Gold was glänzt - kleine Pannen und Missgeschicke gehören zu einem solchen Mammutprogramm dazu. Wir werden sicher intensiver über den Stellenwert und die Anbindung von Aktionen des zivilen Ungehorsams nachdenken müssen.

Bei aller Freude über das Erreichte, eine nachdenkliche, vorwärtsorientierte, selbstkritische Auswertung wird und muss folgen. Was besser gemacht werden kann, muss überlegt und ange-

gangen werden. Bewährtes ausgebaut und Neues sollte entwickelt werden. Wir haben das Ende unserer Möglichkeiten noch nicht erreicht und die Proteste müssen wachsen, damit wir in Berlin nicht mehr überhört werden können.

Dennoch braucht es uns um die Zukunft dieser Kampagne nicht bange sein, wenn wir sie auch weiterhin gemeinsam leben und gestalten. Große Aktionen gegen die Air Base Ramstein wird es sicher auch 2020 geben. Wie sie aussehen, werden wir - wie auch in der Vergangenheit - gemeinsam entwickeln.

Wir sind sicher, wir haben die Chance, aus Ramstein noch mehr zu machen. Notwendig ist es alle Male, möglich ist es nach den Ramstein Protestaktionen 2019 mehr als jemals zuvor.

(Wir haben bei dem Beitrag bewusst keine Namen genannt. Da so viele entscheidend und an so vielen Stellen mitgewirkt haben, wollten wir alle in unsere Auswertung mit einbeziehen)

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/buerger/meinung/bmsp0361.html>

EUROPOOL / POLITIK / ÖSTERREICH

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Glyphosat-Totalverbot in Österreich

von Sabine Schmitz, 3. Juli 2019

Wien - 03.07.2019. Der Nationalrat hatte am Dienstagnachmittag am laufenden Band Beschlüsse gefasst. Die Beschlüsse betreffen das Rauchverbot in der Gastronomie, die Anhebung der Mindestpensionen, Rechtsanspruch auf den Papamonat, das Plastik-sackerlverbot, Dienstfreistellung von Katastrophenhelfern.

Auch ein Antrag auf ein Verbot der Privatisierung im Bereich der

Wasserversorgung wurde gestellt, das Verbot soll in die Verfassung geschrieben werden. Auf Antrag der SPÖ stimmte der Nationalrat mehrheitlich für das Totalverbot des Pflanzenschutzmittels Glyphosat.

Österreich verbietet damit als erstes Land der EU den Einsatz des Unkrautvernichters Glyphosat. Es darf in Österreich in der Landwirtschaft und damit im Lebens-

mittelbereich keine Anwendung mehr finden. Einfordern werde man auch eine Kennzeichnungspflicht in Sachen Glyphosat für importierte Produkte. In Österreich wurde eine Belastung mit Glyphosat in 30 Prozent der Harnproben nachgewiesen.

Das Verbot von Glyphosat muss nach dem Beschluss im österreichischen Nationalrat noch von der EU-Kommission bestätigt

werden und ist rechtlich umstritten.

POLITIK / REDAKTION / NAHOST

Nach der Auflösung der Schwarz-Blauen Regierung in Österreich regiert bis zu den nächsten Nationalratswahlen eine Übergangsregierung mit vier parteilosen Experten. Die Abgeordneten im Parlament sind an keine Koalitionszwänge mehr gebunden. Brigitte Bierlein (ehemalige Verfassungsrichterin) wurde vom österreichischen Bundespräsidenten Alexander Van der Bellen als neue Bundeskanzlerin angelobt.

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/europool/politik/oe-00007.html>

Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ...
Kommentare ... Interviews ...
Reportagen ... Textbeiträge ...
Dokumente ...
Tips und Veranstaltungen ...
<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>

Libyen - 44 Tote und kein Ende ...

(SB) 4. Juli 2019 - Durch den Raketeneinschlag, der in den frühen Morgenstunden des 3. Juli in einem Flüchtlingslager bei Tripolis mindestens 44 Menschen tötete und weitere 130 schwer verletzt zurückließ, hat der Bürgerkrieg in Libyen zum erstenmal seit langem wieder weltweit für Schlagzeilen gesorgt. Entsetzt reagierten Politiker und Medienkommentatoren in Europa und Nordamerika ungeachtet des Umstands, daß die NATO selbst durch ihren völkerrechtlich illegalen, gewaltsamen Sturz Muammar Gaddhafis 2011 Libyen zu einem gescheiterten Staat gemacht hat und folglich die Hauptverantwortung für das "Somalia am Mittelmeer" und das Chaos, das seitdem dort herrscht, trägt.

Auch heute, da alle Welt die Türkei und Katar bzw. Ägypten, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) wegen ihrer gegen UN-Sanktionen verstoßenden Waffenlieferungen an die Regierung der Nationalen Einheit (Government of National Accord - GNA) um Premierminister Fayiz Al Sarradsch in Tripolis respektive an die Libysche Nationalarmee (LNA) um "Feldmarschall" Khalifa Hifter und das House of Representatives (HoR) im östlichen Tobruk kritisiert, sind es vor allem die westlichen Großmächte Frankreich und die USA, die im Hintergrund die Fäden ziehen und ihren Einfluß auf das

Kriegsgeschehen im ölreichsten Staat Nordafrikas zur Geltung zu bringen versuchen. Für die desolate Lage Abertausender Flüchtlinge, die unter grausamsten Bedingungen in Libyen gefangengehalten werden, trägt die Europäische Union durch ihre Abschottungspolitik und ihre Zusammenarbeit mit den verschiedenen Milizen an der Nordwestküste des Landes eine große Verantwortung.

Eigentlich sollten in diesem Jahr in Libyen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen stattfinden. Darauf hatten sich im Frühjahr Al Sarradsch und Hifter bei Gesprächen in Abu Dhabi geeinigt. Doch dann startete die LNA im Februar eine großangelegte Offensive, in deren Verlauf sie den Süden Libyens mit den wichtigsten Öllagerstätten eroberte. Der große Anfangserfolg verdankte sich jedoch weniger der Kampfkraft der LNA als vielmehr einer gelungenen Bestechung der verschiedenen Stammesführer in den Wüstenregionen Südlibyens. Am 4. April nahm die LNA die Erstürmung von Tripolis in Angriff. Hifter begründete diesen Schritt mit dem Argument, daß Al Sarradsch eine "Marionette" der islamistischen Milizen in der Hauptstadt sowie der Nachbarstädte wie Misurata sei. Der Vorwurf ist nicht aus der Luft gegriffen. Tatsächlich stehen die wichtigen Milizenführer, welche die GNA "unterstützen", wegen Kriegsverbrechen oder "Terro-

rismus" auf den entsprechenden Listen der Vereinten Nationen. Die tiefe Feindschaft gegen den CIA-Verbindungsmann und ehemaligen Gaddhafi-Vertrauten Hifter, die Libyens Islamisten verbindet - auch wenn sie sonst wenig gemeinsam haben - erklärt, warum diese dem anfänglichen Ansturm der LNA standhalten konnten. Hinzu kommen umfangreiche Lieferungen an schweren Waffen und Munition, welche die Al-Kaida- und IS-nahen Gruppen in Tripolis seit Mai per Schiff aus der Türkei erhalten. Ende Juni ist es den "Regierungstruppen" Al Sarradschs sogar gelungen, den Belagerungsring um Tripolis zu durchbrechen und die knapp 100 Kilometer südlich gelegene Berberstadt Garian, wo die LNA drei Monate zuvor ihre wichtigste Kommandostelle aufgeschlagen hatte, einzunehmen. Nicht nur die Eile, mit der Hifters Soldaten Garian geräumt haben, war peinlich. Auch die Bergung mehrerer Boden-Luft-Raketen vom Typ Javelin aus den USA, die laut Markierungen 2008 an die VAE geliefert worden waren, hat im Washingtoner Kongreß eine lebhaftige Debatte entfacht.

Seit Monaten versuchen Repräsentantenhaus und Senat den Rüstungsexport an Saudi-Arabien und VAE wegen des laufenden Völkermords, den die Streitkräfte Riads und Abu Dhabs seit 2015 im Jemen verüben, zum Erliegen zu bringen. Doch mit dem Verweis auf seine präsidiale Macht hat Donald Trump dagegen ein Veto eingelegt und seine Amigos in der amerikanischen Rüstungsindustrie weitermachen lassen. Wegen des Funds der emiratischen Javelin-

Raketen - eine Gemeinschaftsproduktion von Raytheon und Lockheed Martin - in Garian hat der demokratische Senator von New Jersey, Bob Menendez, von Außenminister Mike Pompeo nun eine offizielle Untersuchung verlangt. Währenddessen hat die Niederlage von Garian Hifter in Rage versetzt und ihn dazu veranlaßt, der Türkei praktisch den Krieg zu erklären. Seit dem 29. Juni behält sich die LNA vor, jedes türkische Schiff in libyschen Hoheitsgewässern und jedes türkische Flugzeug im libyschen Luftraum anzugreifen und zu versenken bzw. abzuschießen.

Noch im Mai haben UN-Vertreter vergeblich auf die Verlegung jener Flüchtlinge gedrängt, deren Inhaftierungslager sich in der Nähe des Kampfgeschehens befanden. Das Lager, das in Tagiura, einem östlichen Vorort von Tripolis, liegt und das gestern von zwei Raketen getroffen wurde, steht auf einem Industriegebiet unmittelbar neben einem großen Waffendepot der Regierungstruppen, das offenbar das eigentliche Ziel gewesen ist. Deswegen werfen Hifter und die LNA ihren Gegnern vor, die Flüchtlinge als "menschliche Schutzschilde" zu mißbrauchen. Die Situation der Migranten stellt sich sogar noch schlimmer dar. In einem Artikel, der in der heutigen Ausgabe der New York Times erschienen ist, berichtete die Journalistin und Menschenrechtsaktivistin Sally Hayden, die nach eigenen Angaben in geheimem Telefonkontakt mit einigen der Gestrandeten in Tagiura steht, die arabischen Milizionäre würden die Flüchtlinge dazu zwingen, Munitionskisten

hin- und herzuschleppen, Wache zu stehen und gelegentlich sogar an der Front mit dem Gewehr in der Hand mitzukämpfen. Wer sich weigere mitzumachen werde schwer gefoltert oder gleich getötet, so Hayden.

Die Chancen, daß die Kämpfe in Libyen bald abflauen, sind gering. Wegen des Vorfalls von Tagiura sieht sich Hifter nun des Vorwurfs eines begangenen Kriegsverbrechens ausgesetzt. Dieser Umstand und die aktuelle militärische Schwäche der LNA dürften bei ihm keine Neigung zu verhandeln wecken. Im Gegenteil werden Hifter und seine Förderer in Kairo, Riad, Abu Dhabi und Washington ihre Bemühungen auf dem Schlachtfeld verstärken. Auch die UN-Sanktionen gegen die verschiedenen Milizenchefs dürften deren Einbindung in eine wie auch immer geartete Friedenslösung nicht gerade einfacher machen. Vor diesem Hintergrund steht den Menschen in Libyen im allgemeinen und den Einwohnern von Tripolis im besonderen ein blutiger Sommer bevor.

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/redakt/nhst1676.html>

Rezensionen siehe

*BUCH → SACHBUCH →
REZENSION*

http://www.schattenblick.de/infopool/buch/ip_buch_sachbuch_rezension.shtml

SOZIALWISSENSCHAFTEN / MEINUNGEN / FRAGEN

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Subkultur Polizei - Nachgefragt beim Kriminologen Thomas Feltes

von Gunther Sosna [1] für Neue Debatte [2], 3. Juli 2019

Gunter Sosna: Herr Feltes, die Polizei ist unser Thema, dennoch möchte ich mit einer Frage beginnen, die eventuell ungewöhnlich ist. Mögen Sie Fußball?

Thomas Feltes: Ja, ich bin Fußballfan, seit ich als Kind in den 1950er Jahren mit meinem Vater und Großvater zu den Spielen von Mainz 05 gegangen bin. Zuletzt hatte ich selbst in der 7. Mannschaft von Grün-Weiß Eimsbüttel gespielt - aber auch das ist schon viele Jahre her. Aktuell bin ich Vorsitzender der Stadionverbotskommission des VfL Bochum.

Ich frage deshalb, weil ich mich an meine Studienzeit erinnere. Anfang der 1990er Jahre wurden Fan-Kultur und Fan-Gewalt in den Medien häufiger thematisiert. Unter anderen forschte der Sportsoziologe Gunter A. Pilz [3] in dem Bereich. Da war in den Sozialwissenschaften noch keine Rede von Polizeigewalt. Die Wissenschaft beschäftigt sich seit einigen Jahren mit dem Phänomen. Ist das ein Erfolg der modernen Kriminologie? Die klassische Kriminologie gibt es ja schon seit dem 18. Jahrhundert.

Tatsächlich ist es so, dass polizeiliches Handeln erst seit etwas mehr als zwei Jahrzehnten im Fokus der Wissenschaft steht. Hinzu kommt, dass die Auseinandersetzungen mit der Polizei auch in

anderen Bereichen (Demonstrationen) zunehmend das Interesse der Medien, aber auch der Wissenschaft gefunden haben. Leider ist es in den zurückliegenden Jahren nicht gelungen, eine eigene Polizeiwissenschaft aufzubauen, so, wie wir sie aus dem Ausland als "police science" kennen.

Sie haben als Kriminologe und als ehemaliger Leiter einer Polizeihochschule Kontakt mit Polizisten. Sie kennen deren Ausbildung und die Auswahlverfahren. Können Sie kurz beschreiben, welche Charaktereigenschaften ein Mensch haben sollte, der den Beruf des Polizisten ausüben will und welche Eigenschaften tatsächlich verlangt werden?

Eine Studie, die ich in den 1980er Jahren durchgeführt hatte, zeigte, dass man Polizist wird, weil man anderen Menschen helfen will - diese Motivation hatte damals den gleichen Zustimmungswert wie bei ebenfalls befragten Sozialarbeitern. Heute bin ich mir sicher, dass dieser Aspekt noch immer eine große Rolle spielt, allerdings kommt die Erwartung hinzu, einen abwechslungsreichen Beruf zu haben, und gute Aufstiegsmöglichkeiten. Beides erweist sich dann leider oftmals als falsche Annahme. Zudem gibt es natürlich auch Bewerber, die zur Polizei wollen, weil sie glauben, dort Macht ausüben zu können.

Charaktereigenschaften erscheinen mir relevant, weil der Polizist am Ende seiner Ausbildung Macht erhält und gegenüber Nichtpolizisten Herrschaft ausübt. Sind Macht und Herrschaft Themen, die in der Ausbildung behandelt werden?

Bereits im Auswahlverfahren wird darauf geachtet, Bewerber mit bestimmten Persönlichkeitsmerkmalen, zum Beispiel autoritäre Vorstellungen oder Fremdenfeindlichkeit, auszusortieren. Leider gelingt das nicht immer. Studien zeigen, dass repressive und konservative Einstellungen sich vor allem nach der Ausbildung entwickeln, wenn die Beamten in der "Subkultur Polizei" die Idee des "wir gegen sie" lernen. Sie erfahren von Kollegen, und glauben, dass sie "die Guten" sind. Daher nützt die Behandlung dieser Aspekte in der (doch recht theorieorientierten) Ausbildung leider wenig. Wichtig sind hier Fortbildungsmaßnahmen und eine intakte Polizeiführung.

Die mit der Macht verbundene Amtsautorität scheint immer weniger akzeptiert zu sein. Jeden Tag sind in den Medien und sozialen Netzwerken Hinweise, Fotos und Videos zu finden, die vermuten lassen, dass die Uniform keinen Respekt einflößt. Gibt es wissenschaftliche Erkenntnisse, die eine solche Tendenz belegen be-

ziehungsweise dieser subjektiven Wahrnehmung widersprechen?

Auch innerhalb der Polizei selbst wird dieses Phänomen beobachtet: Es genügt heutzutage nicht mehr, dass ein Vorgesetzter etwas anordnet, er muss auch begründen, warum er das tut. Das Hinterfragen von Autoritäten ist ein positives Ergebnis der 68er-Generation, auch wenn viele das heute nicht mehr wahrhaben wollen. Wir werden seit Jahrzehnten glücklicherweise so erzogen, dass Autorität etwas ist, das sich aus der Sache ableiten muss und nicht aus dem Status, dem Auftreten oder gar einer Uniform. Polizeibeamte, die ihre Anweisungen nicht begründen können oder wollen, darf es heute nicht mehr geben. Wenn sie es dennoch versuchen, dann kommt es regelmäßig zu Konflikten.

Jetzt ist Gewalt ein Machtinstrument, mit der Herrschaft ausgeübt werden kann. Aber jede Gewaltanwendung, ob nun verbal, nonverbal oder körperlich, hinterlässt Spuren. Dies gilt für Menschen, die von der Polizei bedrängt, eingeschüchtert oder körperlich angegriffen werden, es gilt aber auch für Polizisten, die zum Beispiel beschimpft oder angegriffen werden. In beiden Fällen ist die psychische Belastung hoch, es kommt zu traumatischen Erlebnissen und in der Folge zu Verhaltensänderungen. Wird diesem Aspekt ausreichend Rechnung getragen zum Beispiel durch psychologische Betreuung?

Polizeibeamte müssen Gewalt ausüben, sie verkörpern das Gewaltmonopol in der Gesellschaft und setzen es tagtäglich um. Darauf werden sie in der Ausbildung

ebenso vorbereitet wie auf traumatisierende Erlebnisse zum Beispiel in Verbindung mit schweren Verkehrsunfällen, Selbsttötungen oder sexuellem Missbrauch von Kindern. Inzwischen wird ihnen auch vermittelt, dass das Klima in der Gesellschaft rauer, der Ton schärfer und die Gewaltbereitschaft größer geworden sind.

Damit umzugehen, ist eine schwierige Aufgabe. Eigentlich lernen die Beamten, dass sie zwischen Amt und Person trennen sollen, dass beispielsweise Beleidigungen das Amt und nicht die Person betreffen. Dennoch sind auch Polizisten Menschen, und natürlich verkraften sie belastende Situationen unterschiedlich. Eine psychologische Betreuung und - oftmals noch wichtiger - die Betreuung untereinander sind institutionalisiert, werden aber zu selten in Anspruch genommen.

Die Idee des "Ein Indianer kennt keinen Schmerz" kursiert leider noch immer in vielen Bereichen der Polizei - auch, weil die Polizeiführung dies oft so signalisiert.

Kann zunehmendes oder übersteigertes Misstrauen zwischen Polizei und Bürger als Folge ausgemacht werden?

Aktuelle Studien sowohl auf Bundesebene, als auch von uns in Bochum zeigen, dass Polizeibeamten nach wie vor ein hohes Maß an Vertrauen in der Gesellschaft entgegengebracht wird. Die Institution Polizei steht, je nach Umfrage, entweder auf Platz 1 oder zumindest auf einem der ersten Plätze, wenn es um Vertrauen in Institutionen geht. Allerdings geht dieses Vertrauen deutlich zurück, und vor allem Menschen mit

Migrationshintergrund bewerten die Polizei deutlich schlechter und geben häufiger als "Biodeutsche" an, dass die Polizei unverhältnismäßige Gewalt anwendet.

Die Polizei muss aufpassen, dass sie vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion um Rechtsextremismus und Gewaltbereitschaft in ihren eigenen Reihen nicht weiter an Boden verliert. Dies hätte fatale Wirkungen auch für die alltägliche Arbeit, in der die Polizei ganz entscheidend auf die Unterstützung durch die Bürger angewiesen ist: Die Aufklärung von Straftaten hängt ganz entscheidend von der Kooperationsbereitschaft der Bürger ab.

Wenn jemand Macht über andere ausüben kann, besteht die Gefahr, diese Macht zu missbrauchen. Um dies zu verhindern, ist Selbstreflexion wichtig, aber vor allem externe Rückmeldungen, um Fehlverhalten aufzuzeigen. Ist das innerhalb der Polizei gegeben?

Leider nein. Die Polizei, unterstützt und gefördert durch Polizeigewerkschaft und Politik, verweigert sich seit Jahren einer externen Kontrolle und einer externen Aufarbeitung von Fehlverhalten. Dabei wäre dies nicht nur für die betroffenen Bürger wichtig, sondern auch für die Beamten selbst, die polizeiintern keine Möglichkeit haben, Fehlverhalten von Kollegen angemessen anzuzeigen. Viele leiden darunter, andere geraten so in eine Abhängigkeitsspirale, weil sie sich durch das Verschweigen von Fehlverhalten quasi erpressbar gemacht haben, zumindest aber emotional von den Kollegen abhängig sind.

Würden Sie mir zustimmen, wenn ich sage, dass sich soziale Systeme, die sich einer externen Kontrolle entziehen, zur Abschottung neigen und eigene Wertmuster und Moralvorstellungen herausbilden?

Das Paradebeispiel für diese Feststellung ist tatsächlich die Polizei. Dort lernt man von Anfang an, dass der interne Zusammenhalt entscheidend ist - man ist ja auch tatsächlich im Alltag aufeinander angewiesen -, und dass Probleme intern geregelt und Fehlverhalten möglichst vertuscht werden muss. Polizeiführung und Politik spielen hierbei leider eine entscheidende, aber unrühmliche Rolle, weil sie dieses System - bewusst oder unbewusst - fördern.

Es fehlt an einer entsprechenden Fehlerkultur in der Polizei. Wenn aber Fehler von Anfang an vertuscht werden, entwickelt sich das zu einer Fehlerspirale, weil man zu einem späteren Zeitpunkt nicht mehr zurückrudern kann. Praktisch alle Fälle von polizeilichem Fehlverhalten der vergangenen Jahre zeigen eine solche Entwicklung.

Hinzu kommt, dass ein Polizeibeamter sich wegen Strafvereitelung im Amt strafbar machen kann, wenn er bei einem Verdacht auf eine Straftat durch einen Kollegen - zum Beispiel Körperverletzung - dies nicht anzeigt. Somit kann er zu einem späteren Zeitpunkt, zum Beispiel wenn der Fall dann doch vor Gericht landet, nicht so aussagen, wie er es müsste, weil er sich sonst selbst belasten würde.

Besteht diese Option bei Spezialeinheiten, die zum Beispiel zur

Bekämpfung organisierter Kriminalität aufgestellt werden, deren Mitglieder zum Selbstschutz relativ anonym agieren müssen?

Dieses Problem wird innerhalb der Polizei und der Politik massiv unterschätzt. Beamte, die zu lange in solchen Bereichen - wozu besonders verdeckte Ermittlungen gehören - tätig sind, verlieren den Bezug zum "richtigen" Leben und glauben dann oftmals, besonders privilegiert zu sein und besondere Rechte zu haben. Die Bezeichnung von Sondereinsatzkommandos beispielsweise als "Elitepolizei" verstärkt dies. Dabei sind dies lediglich Beamte, die für besondere Aufgaben speziell ausgebildet sind. Sie sind keine Elite.

Der Polizeiapparat ist auf Befehlsketten aufgebaut. Von oben nach unten werden Anweisungen gegeben. Jeder Beteiligte befindet sich dadurch sowohl in der Rolle des Untergebenen als auch des Anführers, der niederen Rängen wiederum Befehle erteilt, also Herrschaft ausübt. Am Ende der Kette ist der Ausführende. Der kann nur Herrschaft gegenüber einer Person ausüben, die sich außerhalb der Befehlskette befindet. Besteht zwischen diesem Ablauf und Überreaktionen ein kausaler Zusammenhang?

Das würde ich so nicht sehen. Unsere Studie zur exzessiven Anwendung von Polizeigewalt, die wir vor einigen Jahren in mehreren Ländern durchgeführt hatten, zeigte, dass andere Faktoren entscheidend sind. Dazu gehören bestimmte Persönlichkeitsmerkmale, situative Bedingungen - zum Beispiel das Gefühl, eine Kollegin beschützen zu müssen - und

vor allem die Annahme, die eigene Autorität und die Autorität des Amtes immer und jederzeit schützen zu müssen.

Hinzu kommt, dass man in bestimmten Situationen die eigenen Emotionen nicht mehr kontrollieren kann und dann überreagiert. Fatal wird dies in Verbindung mit der mangelhaften Fehlerkultur, weil solche Situationen dann nicht angemessen aufgearbeitet werden.

Jede Gemeinschaft versucht sich gegenüber anderen Gemeinschaften abzugrenzen, auch wenn alle zusammen eine Gesellschaft abbilden sollen. Diese Abgrenzung ist bei der Polizei systembedingt definiert und wird durch Kleidung, Auftreten, Bewaffnung und so weiter, und das Recht, Gewalt anwenden zu dürfen, unterstrichen. Damit wird ein deutlicher Graben gezogen zu allen anderen Menschen, die nicht zur Polizei gehören. Bei einseitiger Machtverteilung droht die soziale Verbindung abzureißen, sodass kein Austausch mehr stattfindet. Sind die Möglichkeiten, bei denen sich Polizei und der Mensch von der Straße auf Augenhöhe begegnen können, ausreichend?

Leider nein, und dies gilt ganz besonders in Deutschland, wo wir Bürgernähe zwar proklamieren, aber zu selten praktizieren. Während ein französischer oder niederländischer Polizeibeamter auch einmal in einem Café sitzt und mit Bürgern ohne konkreten Anlass plaudert, ist dies in Deutschland undenkbar.

Hinzu kommt, dass jüngere Beamte zunehmend die Tätigkeit als Polizist als "Job" ansehen und

nicht als "Berufung", wie dies früher der Fall war. Sie trennen strikt zwischen Arbeit und Privatleben. Das geht dann soweit, dass man im eigenen Freundeskreis die polizeiliche Tätigkeit versucht zu verschleiern und auf Fragen nach dem Beruf "öffentlicher Dienst" oder "Verwaltung" angibt.

Seit der Krieg gegen den Terror ausgerufen wurde, werden Sicherheitsgesetze [4] verschärft, die Überwachung ausgebaut und der Bürger quasi unter Generalverdacht gestellt. Wie wirkt sich diese Machtfülle auf das Selbstverständnis der Polizei aus? Wird dadurch eine Art Elitedenken gefördert?

Ich würde dies nicht als "Elitedenken" bezeichnen. Vielmehr wird der Polizei der Eindruck vermittelt, dass sie alle gesellschaftlichen Probleme lösen soll, und man ihr dazu auch die entsprechenden Instrumente an die Hand gibt. Dabei wissen die Beamten sehr genau, dass sie das nicht können, sondern dass Fehler in der Sozial- und Bildungspolitik für die Probleme verantwortlich sind, mit denen sie dann im Alltag konfrontiert werden. Viele Beamte haben den Eindruck, dass sie die Fehler, die von der Politik gemacht werden, ausbügeln müssen. Dies kann zu Frustrationen führen, die wiederum in Aggression und Fehlverhalten münden.

In der Auslandsberichterstattung der Medien im Zusammenhang mit dem Einsatz von Polizeieinheiten bei Demonstrationen ist immer häufiger von Sicherheitskräften zu lesen. Ist in Deutschland eine Begriffsverschiebung feststellbar, die den Sicherheitsgedanken besonders hervorhebt?

Wir wissen aus verschiedenen Studien, dass die Menschen in Deutschland immer mehr das Gefühl haben, in "unsicheren" Zeiten zu leben. Dieses Gefühl wird auf "die Kriminalität" projiziert, obwohl es tatsächlich ganz andere Ursachen für diese Unsicherheit gibt. Die Menschen haben das Gefühl, dass die Welt zunehmend aus den Fugen gerät. Dazu gehören Flüchtlinge und die damit verbundene Wahrnehmung der Auswirkungen der Globalisierung, die politische Situation in Europa, die unsichere Altersversorgung - Renten, Gesundheit -, die Klimaentwicklung, die zunehmende individuelle Vereinsamung.

Die Menschen haben das Gefühl, dass die Politik nicht mehr in der Lage ist, diese und andere gesellschaftlichen Probleme angemessen zu bewältigen. Sie fühlen sich allein gelassen, teilweise abgehängt, und die Polizei ist hier leider in einer unschönen Situation: Sie soll Sicherheit herstellen, obwohl sie auf die tatsächlichen Ursachen für das Unsicherheitsgefühl keinen Einfluss hat.

Die Aussagepsychologie betont, dass es auf die Glaubhaftigkeit einer Aussage ankommt und nicht so sehr auf die Glaubwürdigkeit einer Person. Dennoch wird die Glaubwürdigkeit eines Polizisten bei Gericht in der Regel höher eingestuft, als die eines Nichtpolizisten. Können Sie als Jurist erklären, warum dies so ist, und ob sich in diesem Punkt ein Fehler im Rechtssystem ausmachen lässt, der zu einem erhöhten Misstrauen gegenüber der Polizei führt?

Diese Situation ist sehr komplex. Polizeibeamten wird tatsächlich

vor Gericht ein erhöhtes Maß an Glaubwürdigkeit eingeräumt. Das hängt auch damit zusammen, dass die Ermittlungen von der Polizei selbst durchgeführt wurden und die Beamten meist (nur) das wiedergeben, was bereits in den Akten steht - und damit wird der Eindruck verstärkt, dass die Aussage glaubhaft ist.

Zudem kommt die Staatsanwaltschaft ihrer Funktion nicht nach, Ermittlungsergebnisse intensiver zu kontrollieren und zu hinterfragen und damit als Qualitätssicherung zu fungieren. Dafür ist sie einerseits zu überlastet, und andererseits ist sie von der Polizei und ihrer Tätigkeit abhängig. Denn je besser die Polizei ein Verfahren vorbereitet, umso weniger Arbeit hat ein Staatsanwalt.

Ein erhöhtes Misstrauen gegenüber polizeilichen Aussagen kann ich allerdings in der Praxis nicht feststellen, eher im Gegenteil. Gerichte müssten vielmehr darauf drängen, dass Aussagen von Polizeibeamten nicht untereinander abgesprochen werden und die übliche Praxis, sich vor der Aussage vor Gericht noch einmal die Ermittlungsakte - und damit die eigenen Ermittlungsergebnisse - anzusehen, abgestellt wird.

Wäre es übertrieben, wenn ich unterstelle, dass sich der Polizeiapparat wegen unzureichender externer Regelungsmechanismen beziehungsweise einer moralischen Überhöhung durch Politik, Justiz, aber auch durch die Angehörigen der Polizei selbst, zwingend verselbstständigt, sich somit mehr und mehr vom Bürger entfernt und sich langfristig automatisch zu einem reinen Repressionsapparat transformiert?

Das ist eine gewagte These. Den ersten Teil - Entfernung von den Bürgern - kann ich noch teilen; dass dies "automatisch" in einem Repressionsapparat endet, glaube ich nicht. Noch sehe ich Selbstreinigungs- und Kontrollkräfte in der Polizei und in der Politik, vor allem aber in der Zivilgesellschaft. Auch die Kontrolle durch die Medien spielt eine wichtige Rolle. Wir sollten jedoch so konsequent sein, und der Polizei und der Gesellschaft dadurch helfen, dass wir eine externe Überwachung ermöglichen. Dadurch stärken wir die demokratische Kontrolle und das Vertrauen in die Polizei.

Lassen Sie mich noch einmal zu den Fußballfans kommen. Bis in die 50er Jahre wurden Besucher von Fußballspielen noch Schlachtenbummler genannt, die sehr gesittet ihre Fähnchen schwenkten und Spaß am Spiel hatten. Trotzdem gab es Pöbeleien, Vandalismus und es kam hin und wieder zu Gewalt. Die wurde aber im Zusammenhang mit dem jeweiligen Spiel gesehen. Einige Jahrzehnte später folgte durch die Sportsoziologie eine Unterteilung in konsumorientierte, fußballzentrierte und erlebnisorientierte Fans. Es folgten erste Beschreibungen von Ultras [5] und von der Gewaltbereitschaft der Hooligans. Die Gemeinschaft der Fans hat sich also über Jahrzehnte hinweg ausdifferenziert. Dabei scheint ein Zusammenhang zur Kommerzialisierung des Sports selbst, aber auch mit der Zunahme sozialer Ungleichheit in der Gesellschaft zu bestehen. Provokant gefragt: Hat die Polizei einen ähnlichen Differenzierungsprozess durchlaufen, an dessen Ende es den Freund und Helfer in Uniform

gibt, aber eben auch Gruppen erlebnisorientierter Gewalttäter; die sich in der Uniform und hinter dem Recht verstecken?

Tatsächlich gibt es den Fall eines Polizeibeamten, der gleichzeitig auch als gewaltbereiter Hooligan unterwegs war. Noch gehe ich davon aus, dass die Polizeiführung alles daransetzt, solche Entwicklungen innerhalb der Polizei zu unterbinden - nicht zuletzt deshalb, weil es ansonsten zur öffentlichen Diskussion von polizeilichem Fehlverhalten kommt, was man unbedingt vermeiden will.

Hier könnte, ähnlich wie in der Bundeswehr, wo es einen Wehrbeauftragten gibt, ein Polizeibeauftragter sinnvoll sein, der den Landtagen und dem Bundestag berichtet und an den sich Polizeibeamte auch anonym wenden können. Denn es gibt in der Polizei nach wie vor viele, die an die gesellschaftliche wichtige Funktion der Polizei glauben, unsere Demokratie zu stärken. Und ich glaube auch, dass diese (noch) in der Mehrheit sind. Wir müssen sie unterstützen, politisch, institutionell, aber auch durch Fortbildungsangebote wie unseren Masterstudiengang "Kriminologie, Kriminalistik und Polizeiwissenschaft" [6] in Bochum.

Eine letzte Frage. Was müsste nach Ihrer Auffassung innerhalb der Polizei geändert werden, um Polizeigewalt soweit wie möglich auszuschließen, und welche Veränderungen in der Gesellschaft könnten dazu beitragen?

Exzessive oder unverhältnismäßige Polizeigewalt wird man nie ganz verhindern können. Was wir aber tun können ist, rechtzeitig zu

intervenieren. Internationale Forschungen zeigen, dass sich die Bereitschaft, mehr Gewalt als zulässig und nötig anzuwenden, erst im Laufe der Tätigkeit als Polizeibeamter entwickelt. In den allermeisten Fällen werden die Beamten, die eine solche Tendenz aufweisen, dann zu "Widerstandsbeamten", also zu Beamten, die besonders häufig und öfters als andere in Widerstandshandlungen verwickelt sind.

Den jeweiligen Vorgesetzten sind sie bekannt, allerdings wird, wenn überhaupt, repressiv, das heißt mit disziplinarischen Maßnahmen reagiert. Dabei zeigen Erfahrungen aus dem Ausland, dass individuelle Hilfsangebote - Weiterbildung, Coaching, Supervision - wesentlich wirksamer sind und dem betroffenen Beamten auch persönlich weiterhelfen. Den Glauben an die Wirkung repressiver Maßnahmen sollte man auch in der Polizei aufgeben und stattdessen auf konstruktive Hilfsangebote setzen.

Vielen Dank ...

Zur Person

Zur Person: Professor Dr. Thomas Feltes ist Jurist und Sozialwissenschaftler und war von 2002 bis 2019 Inhaber des Lehrstuhls für Kriminologie, Kriminalpolitik und Polizeiwissenschaft an der Juristischen Fakultät der Ruhr-Universität Bochum [7]. Zuvor war er von 1992 bis 2002 Rektor der Hochschule der Polizei in Baden-Württemberg. Er ist als internationaler Experte seit mehr als 30 Jahren für UN, EU, Europarat, Interpol, FBI, OSZE u.a. tätig. Seit 2018 ist er der deutsche Ver-

treter im Europäischen Komitee zur Verhütung von Folter beim Europarat (CPT).

Gunther Sosna studierte Psychologie, Soziologie und Sportwissenschaften in Kiel und Hamburg, und arbeitete im Bereich Kommunikation, Werbung und als Journalist für Tageszeitungen und Magazine. Er lebte über zehn Jahre im europäischen Ausland und war international in der Pressearbeit und Werbung tätig. Er ist Initiator von Neue Debatte. Regelmäßig schreibt er über soziologische Themen, Militarisierung und gesellschaftlichen Wandel. Außerdem führt er Interviews mit Aktivisten, Politikern, Querdenkern und kreativen Köpfen aus allen Milieus und sozialen Schichten zu aktuellen Fragestellungen.

Anmerkungen:

- [1] <https://neue-debatte.com/autor/gunthersosna/>
- [2] <https://neue-debatte.com/>
- [3] <https://neue-debatte.com/2016/09/06/die-lust-auf-gebrochene-knochen-und-tritte-gegen-den-kopf/>
- [4] <https://neue-debatte.com/2016/12/26/anti-terrorismusrichtlinie-der-eu-das-einfallstor-zum-ueberwachungsstaat/>
- [5] <https://neue-debatte.com/2017/03/12/ultras-mehr-als-nur-fussballfans/>
- [6] <http://www.makrim.de/>
- [7] <https://www.jura.ruhr-uni-bochum.de/lehrstuhl-kriminologie-kriminalpolitik-und-polizeiwissenschaft>

Das Interview "Subkultur Polizei - Nachgefragt beim Kriminologen Thomas Feltes" wurde erstveröffentlicht im Meinungsmagazin Neue Debatte: <https://neue-debatte.com/2019/06/28/subkultur-polizei-nachgefragt-beim-kriminologen-thomas-feltes/>

Der Schattenblick dankt der Redaktion der Neuen Debatte für die Nachdruckgenehmigung.

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail: redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/sozial/meinung/ssmf0001.html>

UNTERHALTUNG / PERRY RHODAN / ERSTAUFLAGE

Inhaltliche Zusammenfassung von Perry Rhodan, Heft Nr. 3017

Terra Incognita

von Susan Schwartz

Iya im Solsystem (23. Oktober 2045 NGZ)

Perry Rhodan und Reginald Bull wollen auf der Suche nach der verschwundenen Erde an dem Ort beginnen, wo der Raub stattfand - dem Solsystem. Dieses liegt in einem von den Cairanern errichteten Sperrgebiet, das 17 Lichtjahre umfaßt. Reginald Bull hatte bereits aufgegeben, die Cairaner um Einflugerlaubnis ins Solsystem zu bitten. Sie ist ihm bislang immer verwehrt worden. Als die THORA nun ins Sperrgebiet ein-

dringt, wird sie sofort von einem Verband aus 200 Augenschiffen empfangen und angefunkelt. Gefragt nach seinem Begehren, verlangt Bull als Resident der Liga Freier Galaktiker den ranghöchsten Cairaner zu sprechen und wird zur Raumstation APPCAID eskortiert, wo er sich mit Subkonsul Qad Boukkanatal treffen soll.

Dieser lehnt Bulls Ansinnen, ins Solsystem zu fliegen, mit der Begründung ab, das von ihm als Oijorunsystem bezeichnete Solsystem sei eine Schutzzone für die

Ayees. Das ist selbst Reginald Bull neu. Als Boukkanatal wissen will, warum die Liga so plötzlich einen neuen Versuch startet, ins Solsystem zu gelangen, tut Bull so, als befürchte er, Perry Rhodan, der unverhofft aufgetaucht sei, könne nichts unversucht lassen, die Macht an sich zu reißen. Bull sei gekommen, um zusammen mit den Cairanern, das Schlimmste zu verhüten. Denn Perry Rhodan werde alles unternehmen, um das Solsystem zu erreichen und dort seine Machtbasis aufzubauen. Deshalb sei es

wichtig, daß er ihm zuvorkomme und dafür Sorge, daß sich Rhodan dort nicht breitmachen kann. Um das sicherzustellen, müsse er sich im Solsystem umsehen. Mit geschickter Redegewandtheit gelingt es Bull, Boukkanatal von der Dringlichkeit seines Vorhabens zu überzeugen. Dieser erwirkt nach Rücksprache mit Paiahudse Spepher, dem obersten Entwicklungshüter des Oijorunsystems, eine Einflugerlaubnis.

Zehn Augenraumer begleiten die THORA, bis plötzlich ein zwei Kilometer langes Objekt auftaucht und die Cairaner in Alarmstimmung versetzt. Es handelt sich um ein Schiff der Zain-Konstrukte. Die THORA bekommt die Anweisung, sofort alleine weiterzufliegen, eine Strukturschleuse ins Clausum (den das Solsystem umspannenden Schutzwall) sei freigeschaltet. Das ist Reginald Bull nur recht.

Als die Strukturschleuse passiert wird, erkennt Bull, daß die beim Raptus vernichteten LORETTA-Tender von den Cairanern ersetzt worden und offenbar modifiziert worden sind. Jenseits des Schirms gibt es außer den 200 cairanischen Augenraumern keine anderen Schiffe. Die THORA nähert sich dem Planeten Iya und seinem Mond Vira. Diese sehen Terra und Luna zum Verwechseln ähnlich. Sie haben fast denselben Pol- bzw. Äquatordurchmesser. Man kann aus dem Orbit die Kontinente erkennen. Allerdings sind sie leicht verschoben, so als wäre Iya eine frühere Version der Erde. Nord- und Südamerika sind nicht durch eine Landbrücke miteinander verbunden und das Mittelmeer ist größer als auf der Erde. Die Indische Platte hat Asien

noch nicht erreicht, weshalb sich der Himalaya auch noch nicht gebildet hat.

Die Ayees, die humanoiden Bewohner Iyas, haben sich hauptsächlich auf der eurasischen Kontinentalplatte ausgebreitet, die sie Shaugune nennen. Ansonsten ist der Planet dünn besiedelt. Ihr technologischer Stand entspricht dem der Terraner des frühen 20. Jahrhunderts alter Zeitrechnung. Sie haben gerade begonnen, den afrikanischen Kontinent (Shushuuri) zu erkunden. Der einzige cairanische Raumhafen befindet sich an der Nordwestküste Shushuuris. Dort setzt die THORA zur Landung an. Während Reginald Bull sich nun offiziell mit den Cairanern trifft, setzen sich Perry Rhodan und ein Team aus Sholotow Affatenga, Osmund Solemani, Winston Duke und dem Geologen Rubart Tersteegen mit einem Mo-saiktransmitter ab, dessen Einzelteile sich über eine gewisse Strecke selbständig bewegen und im Zielgebiet zusammensetzen können. Nach Ankunft seiner Benutzer teilt er sich wieder. Da seine Energie nach acht Transporten erschöpft ist, müssen seine Bestandteile in den Tornistern der SERUNs wieder aufgeladen werden.

Perry Rhodan bestand darauf, daß ihn auch Zemina Paath begleitet. Ihre verschütteten Erinnerungen schienen sich bereits beim Anflug auf Iya zu regen. In diesem Zusammenhang taucht der Begriff "Konvergenz" in ihrem Gedächtnis auf. Perry hofft, daß sie sich auf der Oberfläche des Planeten an weitere Dinge erinnert. Die Oxtornerin Siad Tan, die von ihrem Okrill Phylax begleitet wird, fungiert als Aufpasserin, denn Reginald Bull traut der Thesan

nicht, deren Volk angeblich in den Raub Terras verwickelt war.

Nach ihrer Landung erkunden Perry und sein Team im Schutz spezieller TT-SERUNS (Täuschen & Tarnen) das umliegende Gebiet des Raumhafens und stoßen auf eine fremdartige Fauna und Flora. Das Auffälligste ist, daß alle Tiere fünf Augen haben und die Fauna sich ausgesprochen aggressiv gebärdet. Das Team gerät sogar in Bedrängnis. Einige Tiere erinnern Perry Rhodan an die Erzählung Reginald Bulls, der davon sprach, daß es im Jahre 1557 NGZ auf der Erde in der grönländischen Stadt Nuuk zu einer Prozession immaterieller Tiere gekommen sei.

Tersteegen untersucht die Gesteine und findet heraus, daß sie mit den irdischen identisch sind und sogar gleich alt. Man befindet sich in gewisser Weise tatsächlich auf der Erde, auch wenn Flora und Fauna sehr fremdartig wirken. Bei allen Unterschieden gibt es eine Art Kernverwandschaft, einen gemeinsamen Bestand der DNS-Strukturen und des Mitochondrienaufbaus. Auf der Erde hatte es zur Zeit des Kambriums vor 500 Millionen Jahren eine durchaus ähnliche Fauna gegeben, wenn auch nicht auf dem Land, sondern im Meer. Tersteegen stellt die Theorie auf, daß die Tier- und Pflanzenwelt von Iya sich zu dieser Zeit von der heutigen terranischen abgezweigt und bis in die Gegenwart weiterentwickelt hat. Die Arten, die damals auf der Erde ausgestorben waren, haben sich hier auf Iya weiterentwickelt.

Plötzlich hört man einen Hilfeschrei. Die in den SERUNS integrierten Translatoren übersetzen

aus dem Ayshi. Eine Forschungs-expedition der Ayees ist in die Fänge fleischfressender Pflanzen geraten. Die Ayees sind zierliche Humanoide mit bläulich-weißer Haut, fünf Augen und Flughäuten auf dem Rücken. Von den ursprünglich sieben Personen sind bereits fünf tot. Eine weitere Ayece hängt in einer Pflanzenblase fest und droht, von der Säure darin zersetzt zu werden. Perry Rhodans Team greift ein und befreit die Frau. Es handelt sich um die Expeditionsleiterin Dunyuu.

Ihr Partner Shayshay starrt Perry Rhodan furchtsam an, weil er einem Teaana ähnlich sieht, die einem Mythos zufolge eines Tages

kommen werden, um sich Iya und Vitas anzueignen und alles Leben darauf zu 'nichten'. Im Gegensatz zu den Menschen reagieren die Ayees auf Zemina Paath ausgesprochen positiv. Sie scheinen zu der Thesan sogar ehrfürchtig aufzublicken. Perry Rhodan versichert, kein Lebensnichter zu sein, sondern Forscher, der ähnlich wie die Ayece den Kontinent Shushuuri, die Welt Iya erkunden will. In langen Gesprächen gewinnt er ihr Vertrauen und darf sie in ihre Heimatstadt Shabaydaa begleiten, die sich am selben Ort befindet, wie das italienische Messina auf der Erde. Doch zuvor wird ihm die Ehre zuteil, der Bestattungs-

zeremonie der zu Tode gekommenen Forscher beizuwohnen.

Ein Katamaran-artiges Luftschiff taucht auf, das Dunyuu um Hilfe angefunkelt hatte, als der Angriff der Pflanzen begann. Die KYNA-YASH ist speziell für Fernexpeditionen konstruiert worden. Das Schiff wird durch Heliumballons in der Luft gehalten und mit einem Elektromotor angetrieben. Es nimmt auch die Fremden, die Dunyuu und Shayshay gerettet haben, an Bord.

<http://www.schattenblick.de/infopool/unterhlt/perry/pr3017.html>

SCHACH UND SPIELE / SCHACH / SCHACH-SPHINX

Des Teufels Trugbild

Nach einer hervorragend gespielten Eröffnungsphase und positionellen Glanzstücken im Mittelspiel hatte Weiß schließlich einen Bauern erobert und stünde - gelinde gesagt - auf Gewinn, wenn er jetzt 1.Td8- d4 gezogen hätte. Indes, wie Menschenhirne nun einmal sind, verwechseln sie oftmals Sein und Schein, dann verknoten sich die Nervenbahnen und die Vernunft, die eigentlich Herrin sein sollte in der Hexenküche der Gedanken, wird plötzlich zum blinden Spiegel. Weiß zog in der Verkennung der Lage nämlich 1.Kf4-g5? - ein fürchterlicher Fehler, der die Partie kostete im heutigen Rätsel der Sphinx. Der lockende Teufel trat nämlich in der Gestalt auf, daß nach 1...Te4-

g4+ 2.Kg5-f6 Dh1-f3+ 3.Kf6-e7 Tg4-e4 4.Td8-h8# Weiß einen hübschen Mattsieg bekommt. Doch nicht so hastig, Wanderer, die Mattkombination übersprang eine wichtige Nahtstelle!



Hartoch - Bukal
Linz 1980

*Auflösung des letzten
Sphinx-Rätsels:*

Der Traum aller Spukgespenster aus dem Reich der Phantasie zerplatzte mit einem fürchterlichen Knall: 1...Lf8-c5? 2.Dd4xg7 Dc7xg3 3.Dg7xh8+ Ke8-e7 4.Sc3-d5+ e6xd5 - 4...Ke7-d6 5.Dh8-f8+ - 5.Ta1-e1+ Ke7-d6 - 5...Lc5-e3 6.Te1xe3+! - 6.Dh8-f8+ Kd6-c6 7.c4xd5+ Kc6-b5 8.Df8xc5+! und Schwarz gab auf.

<http://www.schattenblick.de/infopool/schach/schach/sph06977.html>

Täglich eine neue
Schach-Sphinx

- 1 BÜRGER und GESELLSCHAFT: Stopp Air Base Ramstein Protestaktionen 2019 ... (Pressenza)
- 3 EUROPOOL - POLITIK: Glyphosat-Totalverbot (Pressenza)
- 4 POLITIK - REDAKTION: Libyen - 44 Tote und kein Ende ...
- 6 SOZIALWISSENSCHAFTEN - MEINUNGEN: Subkultur Polizei -
Nachgefragt beim Kriminologen Thomas Feltes (Pressenza)
- 11 UNTERHALTUNG: Inhaltliche Zusammenfassung von Perry Rhodan Nr. 3017
- 13 SCHACH-SPHINX: Des Teufels Trugbild
- 14 DIENSTE - WETTER: Und morgen, den 05. Juli 2019

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

Und morgen, den 5. Juli 2019

Vorhersage für den 05.07.2019 bis zum 06.07.2019



© 2019 by Schattenblick

Jean-Luc duckt sich tief ins Gras,
wenn er dem Wind begegnet,
heut' wird es tatsächlich naß,
weil es zeitweise regnet.

IMPRESSUM

Elektronische Zeitung Schattenblick

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.

Verantwortlicher Ansprechpartner: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de

Telefonnummer: 04837/90 26 98

Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME

Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.): Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

ISSN 2190-6963

Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel

Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.